



NIEDERSCHRIFT

Gremium	Bauausschuss
Sitzungsnummer	16. Sitzung
Datum	Mittwoch, den 19.09.2007
Sitzungsbeginn	18:00 Uhr
Sitzungsende	20:00 Uhr
Sitzungsort	Sitzungsraum Nr. 003/004 des Neuen Rathauses

Anwesend waren:

vom Gremium:

Ausschussvorsitzender Prof. Dr. Schmidt-Burbach,	CDU
Stellv. Ausschussvorsitzender Jeschke,	FW
Stadtverordneter Jordan,	SPD
Stadtverordneter Pohl,	SPD
Stadtverordneter Pross,	SPD
Stadtverordnete Koster, (i.V.f. Stv. Wießner)	SPD
Stadtverordneter Gerhardt,	CDU
Stadtverordneter Cloos, (i.V.f. Stv. Schäfer)	CDU
Stadtverordnete Weiß, Ursula (i.V.f. Stv. Scharmann)	CDU
Fraktionsvorsitzender Michalek,	B90/Grüne
Stadtverordneter Meißner,	FDP

vom Magistrat:

Stadtrat Beck,	CDU
----------------	-----

von der Verwaltung:

Herr Preiß, Rechtsamt	ohne
Herr Herrmann, Personal- und Organisationsamt	ohne
Herr Bauer, Kämmerei	ohne
Herr Weber, Planungs- und Hochbauamt	ohne
Herr Ketterer, Tiefbauamt	ohne

Herr Hartert, Amt für Wirtschaft und Liegenschaften

ohne

vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Herr Hemmelmann, als Schriftführer
Frau John

ferner war anwesend:

Herr Scherb, Seniorenrat

AV Prof. Dr. S c h m i d t - B u r b a c h eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass gegen die Form und Frist der Einladung keine Einwendungen erhoben wurden und dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Der Ausschuss kam überein, die Tagesordnungspunkte 7 bis 9 in nichtöffentlicher Sitzung zu beraten.

T a g e s o r d n u n g:

Öffentlicher Teil :

TOP 1

Nachtragshaushalt 2007

TOP 2

0610/07

**Standortverlagerung Stadtbetriebsamt
Grundsatzbeschluss**

I/245

TOP 3

0577/07

**Nutzung von Solarenergie anhand
des Beispiels der Stadt Griesheim
Prüfungsauftrag**

I/234

TOP 4

0590/07

**Vergrößerung des Pendlerparkplatzes bei Münchholzhausen
Prüfungsauftrag**

I/237

TOP 5

Mitteilungen, Anfragen, Niederschrift vom 27.08.2007

TOP 6

Verschiedenes

A b w i c k l u n g der Tagesordnung:

TOP 1

Nachtragshaushalt 2007

Verwaltungshaushalt

**Seite 81 - Hhst. 1.60000.499999 - Personalausgaben Büro des Baudezernats - und
Seite 83 - Hhst. 1.60200.499999 - Personalausgaben Tiefbauamt**

Stv. J o r d a n erkundigte sich nach den geänderten Personalausgaben. Herr B a u e r erläuterte die Veränderungen, die insbesondere durch Personalverlagerungen entstanden seien.

Seite 86 - Hhst. 1.61300.100000 - Verwaltungsgebühren Bauordnung

Stv. J o r d a n fragte an, wie es zu den höheren Gebühreneinnahmen gekommen sei. StR B e c k begründete dies mit der Baumaßnahme Pestalozzischule.

Vermögenshaushalt

Seite 137 - Hhst. 2.46010.949000 - Jugendherberge / Allg. Investitionsaufwand

FrkV M i c h a l e k erkundigte sich nach den Gründen für die Reduzierung um 80.000 €. Herr B a u e r begründete dies mit nicht umgesetzten Maßnahmen aus vorangegangenen Brandverhütungsschauen.

Seite 138 - Hhst. 2.46400.940400 - Kindergarten Naunheim / Ausbau des Dachgeschosses

FrkV M i c h a l e k fragte an, ob die Gelder dieses Jahr noch kassenwirksam werden. Herr W e b e r bejahte dies.

Seite 150 - Hhst. 2.61500.952000 - Ausbau Steighausplatz

FrkV M i c h a l e k erkundigte sich nach dem Sachstand. StR B e c k erläuterte, dass es ein Gespräch mit dem Projektentwickler gegeben und er zugesichert habe, bis Ende November die nötigen Vorverträge vorzulegen. Allerdings sei zur Zeit nach seinem Kenntnisstand lediglich einer von sechs Mietern feststehend, so dass die Perspektive seiner Meinung nach eher negativ sei. Es mache im Augenblick keinen Sinn, die Mittel für den Ausbau Steighausplatz weiter bereitzustellen, weil das Projekt neu ausgeschrieben werden solle. Bis dahin wäre ein Ausbau kontraproduktiv.

Stv. J e s c h k e merkte an, dass seiner Meinung nach die Diskussion um den Ausbau des Steighausplatzes schon viel zu lange dauere. Die Anwohner seien enttäuscht, man solle das nicht weiter schieben, sondern jetzt ausbauen. AV Prof. Dr. S c h m i d t -

B u r b a c h erinnerte noch einmal daran, das man die in der Baugenehmigung vorge-sehene Frist abwarten müsse.

Stv. G e r h a r d t bat darum, bei Neuausschreibung die Fristen für eine Bebauung zu kürzen. Außerdem müsse man ggf. die Konsequenz tragen und den Ausbau ohne die vorangegangene Baumaßnahme durchführen. Dazu müsse aber ein entsprechender Antrag für die Gremien gestellt und beraten werden. Stv. J e s c h k e vertrat die Mei-nung, dass die Mehrheit der Bürger für den Abriss des Gebäudes und den Ausbau des Platzes sei. Herr P r e i ß beantwortete Nachfragen aus juristischer Sicht.

Stv. P o h l vertrat die Auffassung, dass man politisch entscheiden müsste, ob man den Steighausplatz jetzt ausbauen wolle oder nicht. Dann müsse später ein Investor mit der vorgefundenen Situation zurechtkommen. Stv. J e s c h k e ergänzte die Ausführung dahingehend, dass man alle Versorgungsleitungen vorbereiten und legen könne, dann den Platz ausbauen, so dass ein möglicher Investor sich daran orientieren könne.

StR B e c k wies noch einmal auf mögliche Schwierigkeiten hin, die ein zukünftiger Investor mit einem ausgebauten Steighausplatz haben würde. Dadurch sind einer möglichen Bebauung Grenzen gesetzt. Die Grenzen der Bebauung müssen daher erst feststehen. Das heißt, es müssen Grundrisse des geplanten Gebäudes bekannt sein. Er warnte nochmals vor einer schnellen Lösung, um nicht später Folgekosten zu verursachen. Stv. P r o s s war anderer Meinung und erläuterte dies.

StR B e c k erklärte noch einmal, dass man den Grundriss der jetzigen Planung nicht auf einen möglichen anderen Investor übertragen könne. Stv. P o h l erinnerte daran, dass in einer früheren Bauausschusssitzung der 31.12.2006 als Endpunkt möglicher Überlegungen seitens des Investors gesetzt worden sei. Die Bürger ver-stünden nicht mehr, dass jetzt bereits ein Jahr später immer noch nicht gebaut worden ist.

Seite 154 - Hhst. 2.63200.950500 - Radwegebau

FrkV M i c h a l e k erkundigte sich nach vorhandenen Haushaltsresten. Herr B a u e r bezifferte diese auf ca. 60.000 €.

Seite 154 - Hhst. 2.63200.950600 - Schutzanlagen für Fußgänger

FrkV M i c h a l e k fragte nach der in der Erläuterung aufgeführten Drucksache Nr. 0551/07. Herr K e t t e r e r erläuterte den Sachverhalt und kündigte die Vorlage für die nächste Sitzungsrunde an. StR B e c k ergänzte die Äußerung dahingehend, dass es sich hierbei u. a. um eine Erneuerung der Verkehrsrechneranlage handele, um insgesamt die Steuerung der Lichtsignalanlagen im Stadtgebiet zu optimieren. Es handele sich hierbei um ein Gesamtangebot für ein über mehrere Jahre laufendes Projekt, deswegen müsse man so vorgehen.

FrkV M i c h a l e k fragte weiter an, warum es zur Zeit so viele Rotphasen gebe. StR B e c k erklärte dies damit, dass durch die Anforderungen des ÖPNV und der Busbeschleunigung eine „grüne Welle“ nicht immer zu realisieren sei.

Seite 156 - Hhst. 2.63300.950240 - Ausbau Brühlsbachstraße

AV Prof. Dr. S c h m i d t - B u r b a c h wies auf den schlechten Zustand des Straßenbelages und der Fußgängerwege hin.

Seite 158 - Hhst. 2.63400.950210 - Ausbau Christian-Rübsamen-Straße

Stv. J o r d a n erkundigte sich, warum der Ansatz um 40.000 € reduziert wurde. Herr B a u e r und Herr K e t t e r e r begründeten dies mit einer niedriger ausgefallenen Schlussrechnung als geplant.

Seite 160 - Hhst. 2.63500.950000 - Brückenstraße / Erneuerung der Lahnbrücke

FrkV M i c h a l e k erkundigte sich nach der Reduzierung um 200.000 €. Herr B a u e r und Herr K e t t e r e r erläuterten die Gründe dahingehend, dass noch ausreichend Mittel aus Vorjahren vorhanden seien, um die restlichen Kosten abzudecken.

Seite 162 - Hhst. 2.66000.950000 - Lärmschutzmaßnahmen A 45 Münchholzhausen

FrkV M i c h a l e k fragte an, ob die in der letzten Sitzung beschlossenen Grundstücksangelegenheiten bei dieser Haushaltsstelle berücksichtigt worden seien. Dies wurde von Herrn H a r t e r t bejaht.

Seite 168 - Hhst. 2.69000.950500 - Wetzbachsanierung in Nauborn

Stv. J e s c h k e erkundigte sich, warum sich der Ansatz um 20.000 € verringert. StR B e c k erläuterte dies dahingehend, dass der Haushaltsansatz in eine VE umgewandelt worden sei.

Seite 168 - Hhst. 2.69000.950800 - Hochwasserschutz in Wetzlar

Hier erfolgt eine Reduzierung von 270.000 €. Herr K e t t e r e r und StR B e c k erläuterten den Sachverhalt, der sich im Wesentlichen aus dem Hochwasserschutz Bodenfeld ergibt. Hier habe es Einsparungen durch die Ausschreibungsergebnisse des 1. Bauabschnittes gegeben.

Seite 179 - Hhst. 2.82000.940200 - Bushaltestellen im Stadtgebiet

Stv. P o h l wollte zu den Erläuterungen auf Seite 179 wissen, ob die dort angegebenen Maßnahmen zur Sanierung von Bushaltestellen in 2008 umgesetzt werden können. Herr K e t t e r e r erläuterte die Umschichtung der Haushaltsmittel dahingehend, dass die kassenwirksamen Mittel in eine VE umgewandelt wurden, da man die Maßnahme insgesamt (d. h. in 2007 und 2008 vorgesehene Maßnahmen) ausschreiben müsse und somit erst in 2008 realisieren könne.

Seite 181 - Hhst. 2.88000.932000 - Erwerb von Grundstücken

FrkV M i c h a l e k erkundigte sich, ob in dem dort angeführten Betrag der „Neubau des Stadtbetriebsamtes“ bereits berücksichtigt worden sei und ob die Daten deckungsgleich zu denen in der folgenden Vorlage seien. Herr H a r t e r t bejahte dies.

Seite 181 - Hhst. 2.88000.940000 - Soziale Stadt Westend

Stv. P o h l fragte an, welche Maßnahmen damit konkret gemeint seien. Herr B a u e r erläuterte, dass es sich dabei um die Gestaltung „Starke Weide“ und die Umgestaltung des Freigeländes Funsporhalle handele. Stv. C l o o s ergänzte die Frage dahingehend, wann die Maßnahme beschlossen worden sei. StR B e c k erläuterte, dass eine Rahmenplanung im Jahr 2001 oder 2002 beschlossen worden sei.

Übersicht der Verpflichtungsermächtigungen

Seite 196 - Hhst. 2.63000.960000 - Optik-Erlebnisparkours

Stv. J e s c h k e fragte an, was mit der VE in Höhe von 141.000 € abgedeckt sei. StR B e c k erläuterte die Zahlen und wies - insbesondere im Hinblick auf die Fragestellung Fördermittel - darauf hin, dass die Maßnahmen bis Frühjahr 2008 abgewickelt sein müssen.

Seite 199 - Hhst. 2.79000.940000 - Ein- und Ausstieg für Paddler entlang der Lahn

Stv. J e s c h k e erkundigte sich, ob der Haarplatz hier beinhaltet sei. Herr B a u e r erläuterte, dass es sich hierbei um eine allgemeine Position handele und dort mehrere Maßnahmen angegeben worden seien, aber nicht der Haarplatz. StR B e c k ergänzte die Äußerung dahingehend, dass es sich hier im Wesentlichen um das Gelände Parkplatz Forum handele. Herr K e t t e r e r verdeutlichte die Ausführung. Unter der sog. Taubensteinbrücke sollte nach älteren Planungen ein Paddeleinstieg gebaut werden, dies sei aus technischen Gründen aber nicht mehr möglich. Zur Zeit werden daher Überlegungen für eine neue Planung auf dem Gelände gegenüber dem Forum-Platz vorgenommen. Dafür seien die Haushaltsmittel vorgesehen.

Änderungsliste

Seite 3 - Hhst. 2.06100.949000 - Allgemeiner Investitionsaufwand (Mittel für Planungen der Wiederherstellung der Philipp-Schubert-Schule)

FrkV M i c h a l e k erkundigte sich nach einem neuen Sachstand. StR B e c k erläuterte, dass am 24.09.2007 ein Termin für die Arbeitsgruppe Kreis/Stadt zu dem Thema festgelegt worden sei.

TOP 2

0610/07

Standortverlagerung Stadtbetriebsamt Grundsatzbeschluss

StR B e c k erläuterte zunächst eine redaktionelle Änderung auf Seite 4 der Begründung, 3. Absatz, in dem der letzte Satz wie folgt lauten müsse:

„Darüber hinaus steht für eine Verwertung das Betriebsgelände des Tiefbauamtes in der Altenberger Straße zur Verfügung.“

Des Weiteren schlug er vor, im Beschlusstext die Worte „auf dem Gelände 'Hörnshheimer Eck' (Christian-Kremp-Straße)“ zu streichen und empfahl, zunächst nur einen Grundsatzbeschluss zu fassen. Die Grundstücksvorlage sollte zurückgestellt werden, da noch eine Entscheidung des jetzigen Grundstückseigentümers über den Verkauf aussteht. Diese wird voraussichtlich erst am 01.10.2007 getroffen.

Herr Herrmann erläuterte die Vorlage insbesondere zur Frage der Auswahl der Standorte. Stv. Cloos fragte an, warum auf Seite 4 der Begründung der Satz „Die Einbindung der Schlosserei und der Straßenunterhaltung des Tiefbauamtes wurden zurückgestellt“ eingefügt worden sei. Herr Herrmann erläuterte, dass diese Passage sich auf die ursprüngliche Planung aus den Jahren 1997/1998 beziehe.

Stv. Pross erkundigte sich, warum überhaupt ein zentraler Bauhof geplant werden müsse und ob man nicht den Bauhof Nord erhalten könne. StR Beck erläuterte, dass dies ja gerade untersucht und mit einer Lösung „Zentraler Bauhof“ die wirtschaftlichste Lösung festgestellt worden sei.

FrkV Michalek bezog sich auf Seite 4, Abs. 2, und die dort aufgeführten Einsparungen von bis zu jährlich 330.000 € und merkte an, dass diese Einsparungen erst ab 2009 realisiert werden können und dass tatsächlich geringere Einsparungen eintreten können. Außerdem wies er darauf hin, dass man die Vorlage detaillierter hätte gestalten können, da man die Vorlage nur dann verstehe, wenn man das Gesamtgutachten kenne. Dies sei aber nur den Fraktionsvorsitzenden zugegangen. Herr Herrmann erläuterte die Position und Unklarheiten, insbesondere zum Thema Personalkosteneinsparung.

FrkV Michalek wies weiter darauf hin, dass mit dem Thema „Wegfall weiterer Standorte“ im Gutachten nur die Stadtteil-Bauhöfe gemeint sein könnten. Des Weiteren erkundigte er sich, warum man eine feste Zuordnung zu den Friedhöfen auflösen wolle. Das sei bereits 1998 so beschlossen worden. Er fragte, warum dies bis heute nicht umgesetzt worden sei. Von der Verwaltung wurde erläutert, dass die dort angesprochene feste Personalzuordnung eine formale war, die in der Praxis tatsächlich nie so praktiziert worden sei. Die Gründe dafür liegen u. a. in der Kostenrechnung für den Unterabschnitt 7500. Tatsächlich wurden alle Mitarbeiter des Bereiches „Friedhöfe“ flexibel auf allen Friedhöfen eingesetzt und dies soll auch künftig so bleiben.

Des Weiteren erkundigte sich FrkV Michalek, warum in der Vorlage aufgeführt sei, dass einige Gebäude nicht verwertbar bzw. veräußerbar seien. StR Beck erläuterte die Situation an einigen Beispielen (gemeinsames Gebäude von Außenstellen und Kindergarten).

Der Ausschuss fasste mit 6 Ja-Stimmen bei 5 Enthaltungen folgenden geänderten Beschluss:

„Der Zusammenlegung der Betriebshöfe Nord und Süd des Stadtbetriebsamtes sowie der Integration der Straßenunterhaltungskolonnen und der Schlosserei des Tiefbauamtes und den damit verbundenen Standortverlagerungen/Zusammenführungen sowie dem Neubau des Betriebsgebäudes wird zugestimmt.“

0577/07

**Nutzung von Solarenergie anhand
des Beispiels der Stadt Griesheim
Prüfungsauftrag**

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 11.0.0

TOP 4

0590/07

**Vergrößerung des Pendlerparkplatzes bei Münchholzhausen
Prüfungsauftrag**

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 11.0.0

TOP 5

Mitteilungen, Anfragen, Niederschrift vom 27.08.2007

Mitteilungen

- Zur Anfrage der Stv. Koster aus der letzten Bauausschusssitzung zur Baumaßnahme „Stützmauer Wacholderberg“ in Garbenheim teilte StR B e c k mit, dass es sich hierbei um eine Baumaßnahme nach § 11 des Hessischen Kommunalen Abgabengesetzes und damit um eine umlagefähige Maßnahme handele. Damit seien die Voraussetzungen für die Umlage der Kosten gegeben, weil zum einen die Erneuerungsbedürftigkeit vorliege und zum anderen die Nutzungsdauer abgelaufen sei. Er wies darauf hin, dass man zu gegebener Zeit eine Anliegerversammlung durchführen werde.
- Zu möglichen Straßenschäden in der Bachstraße in Garbenheim, ebenfalls Anfrage der Stv. Koster aus der letzten Sitzung, teilte StR B e c k mit, dass die Bachstraße von dem Regiebetrieb Straßenunterhaltung regelmäßig überprüft werde und die zur Verkehrssicherheit notwendigen Instandhaltungen vorgenommen werden.
- Die Frage der Stv. Koster bezüglich der nicht vorhandenen Dacheindeckung des Trafohäuschens in der Bachstraße in Garbenheim wurde von Herrn W e b e r beantwortet. Er verwies insbesondere auf Schwierigkeiten mit der dort tätigen Firma.
- Zur Frage des FrkV Michalek hinsichtlich Schäden am Radweg R 7 erläuterte StR B e c k, dass der angesprochene Radweg starke Wurzelaufbrüche aufweise. Für eine Instandsetzung sei es notwendig, das in den Radweg eingedrungene Wurzelsystem zu entfernen. Das zuständige Stadtbetriebsamt sei angesprochen worden und werde in Abstimmung mit dem Regiebetrieb Straßenunterhaltung vorrangig die Unfallgefahren in diesem Bereich beseitigen.

Anfragen

- FrkV M i c h a l e k fragte nach dem Sachstand „Ersatzbrennstoff-Kraftwerk“ im Dillfeld. StR B e c k führte aus, dass es hier in Kürze noch einmal ein Gespräch mit einem potentiellen neuen Investor gebe.
- FrkV M i c h a l e k bat um eine Aufstellung der von den Ortsbeiräten vorgeschlagenen Änderungen zum Generalverkehrsplan. Dies wurde von StR B e c k zugesagt.

Niederschrift vom 27.08.2007

Stv. C l o o s bat um folgende Ergänzungen:

Seite 11, 3. Absatz: Hier sollen die Detailkosten für den Austausch des Holzbodens im Rosengärtchen ergänzt werden. Herr Weber wird eine Aufstellung fertigen.

Seite 13, TOP 15: Hinter dem Wort „Ökopunkte“ solle „als Ausgleich für das Baugebiet Schattenlänge“ ergänzt werden.

Seite 14, TOP 21, 2. Absatz: Hinter den Worten „in einem schlechten und ungepflegten Zustand“ solle „(z. B. Bauschutt, ein maroder Bauwagen und ein toter Hase)“ ergänzt werden. Weiterhin solle der Satz „Außerdem seien auf dem Grundstück nicht definierte Stoffe verbrannt worden“ angefügt werden.

Die so geänderte Niederschrift wurde einstimmig genehmigt.

TOP 6

Verschiedenes

Keine Wortmeldungen.

AV Prof. Dr. S c h m i d t - B u r b a c h schloss den öffentlichen und eröffnete den **nichtöffentlichen Teil** der Beratungen.